

Polen hatte kaum Möglichkeiten, auf die sowjetische Seite Druck auszuüben. Von 20 000 Kirchenglocken, die im Ersten Weltkrieg aus Polen abtransportiert worden waren, wurden durch die sowjetische Seite lediglich 7 000 restituiert. Andere Werte, wie Kunstwerke, Inneneinrichtungen polnischer Paläste oder Archive, wurden in größerem Umfang zurückgeführt. Schließlich verhinderte der sowjetische Außenkommissar Georgij V. Čičerin, dass Polen die in Riga ausgehandelten 30 Millionen Rubel aus dem Goldschatz des zarischen Staates erhielt. Am effektivsten verlief noch die Festsetzung der neuen Grenze. Durch die Einigung mit dem Deutschen Reich in Rapallo 1922 stärkte sich die sowjetische Position weiter. Dies zeigte sich ab 1923 beispielsweise in Repressionen gegen in Russland lebende Polen und im Todesurteil für einen katholischen Bischof. In Riga wurde zwar die Grenzfrage gelöst, doch ein kalter Krieg zwischen Polen und seinem östlichen Nachbarn schwelte bis zum sowjetischen Einmarsch im September 1939 weiter.

Mit dem Ende des russischen Imperiums stießen in Osteuropa zwei revolutionäre Prinzipien aufeinander: Wilsons Recht auf nationale Selbstbestimmung und Lenins Idee des sozialen Umsturzes. Polen ging den Weg Wilsons, während die Bolschewiki den Kern des russischen Imperiums unter ihrer revolutionären Führung bewahrten. Der Konflikt zwischen diesen beiden Mächten und ihren Ideologien wurde auf dem Schlachtfeld nicht entschieden. Es setzte sich weder das jagiellonische Konzept Józef Piłsudskis noch Lenins Vision vom Export der sozialen Revolution in Osteuropa durch. Der Frieden von Riga bedeutete vielmehr einen Kompromiss, eine weiter umkämpfte Zwischenordnung, deren Genese der Vf. umfassend beleuchtet. Seine Stärke besteht in der detaillierten Kenntnis der polnischen und sowjetischen Diplomatie. Leider fehlt ein Anschluss an die neuere Diskussion über Imperien. Auch die europäische Dimension des Themas bleibt unterbelichtet; die französische, deutsche und englische Position und auch die Haltung der weißen Russen werden kaum erklärt. Ebenso hätten die verschiedenen diplomatischen Kulturen, die Differenzen zwischen den Bolschewiki und ihrem polnischen Gegenüber noch stärker herausgearbeitet werden können. Dennoch bildet die Studie einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Neugestaltung Osteuropas nach dem Ersten Weltkrieg. Es gelingt ihr, die unübersichtliche Gemengelage zwischen Sowjetrussland, den baltischen Staaten, Weißrussland, der Ukraine und Polen am Beispiel der Verhandlungen von Riga zu erörtern.

Berlin

Jan C. Behrends

Rafał Wnuk: „Za pierwszego Sowjeta“. Polska konspiracja na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej (wrzesień 1939 – czerwiec 1941). [„Unter den ersten Sowjets“. Die polnische Konspiration in den Ostgebieten der Zweiten Republik (September 1939 – Juni 1941).] (IPN Monografie, Bd. 34.) Instytut Pamięci Narodowej. Warszawa 2007. 461 S., zahlr. Abb.

Anders als über die deutsche Okkupation Polens waren bis 1989 Forschungen über die sowjetische Herrschaft in Ostpolen zwischen dem September 1939 und dem Juni 1941 in Polen selbst kaum und im Westen nur auf sehr eingeschränkter Quellengrundlage möglich. Die 1990er und auch die ersten Jahre des vergangenen Jahrzehnts erlebten hingegen einen Boom der Forschungen zur sowjetischen Okkupation. Nach und nach wurden nun auch immer umfangreichere Archivbestände sowjetischer Herkunft von den Historikern erschlossen und nicht wenige auch in Quellenpublikationen zugänglich gemacht. Mit dem hier zu besprechenden Buch liegt nun die erste Gesamtdarstellung zum polnischen Untergrund in den sowjetisch besetzten Gebieten vor.

Die Studie ist territorial und chronologisch gegliedert und orientiert sich an der Struktur der zentralen Organisation des polnischen Untergrunds in dieser Zeit, des Związek Walki Zbrojnej (ZWZ, dt. Verband des bewaffneten Kampfes). Territorial war der ZWZ den Woiwodschaftsgrenzen der Vorkriegszeit entsprechend organisiert. Allerdings bestanden zwei übergeordnete ZWZ-Gebiete mit Sitz in Lemberg und Białystok für die der ukrainischen Sowjetrepublik bzw. der weißrussischen Sowjetrepublik und Litauen zugeteilten Re-

gionen. Die Studie rekonstruiert die Entstehung und Entwicklung der übergeordneten Kommandostrukturen, bevor sie dann in weiteren Kapiteln die Aktivitäten der Untergrundstrukturen in den ehemaligen Woiwodschaften untersucht.

Im Unterschied zum Generalgouvernement gelang es unter der sowjetischen Herrschaft nicht, dauerhafte, starke illegale Organisationen aufzubauen. Zwar gingen in den ersten Monaten der sowjetischen Okkupation Entwicklung und Ausbau der Untergrundstrukturen sehr schnell voran, jedoch wurden diese zu einem Großteil in der ersten Hälfte des Jahres 1940 vom sowjetischen NKVD durch Infiltration und Verhaftungen paralytisiert. Dies galt insbesondere für die westukrainischen Gebiete, während der Untergrund im nördlichen Gebiet, gestützt auf das vorwiegend polnische Territorium um Białystok und das bis Juni 1940 von Litauen besetzte Wilna-Gebiet, etwas dauerhaftere Strukturen entwickeln konnte. Aber auch hier gelang es dem NKVD bis zum Frühjahr 1941, sie erheblich zu schwächen.

Die Ursachen für die schnelle Ausweitung des Untergrunds in den Anfangsmonaten der sowjetischen Okkupation sieht Rafał Wnuk in den patriotischen Traditionen der ostpolnischen Gebiete, in der Ablehnung der durch die Sowjets eingeleiteten radikalen gesellschaftlichen Umgestaltung, aber auch in einer Unterschätzung der Fähigkeiten der sowjetischen Herrschafts- und Repressionsorgane. Letzteres habe dazu beigetragen, dass Grundsätze der konspirativen Arbeit häufig nur unzureichend eingehalten worden seien.

Anders als im Generalgouvernement, wo neben dem ZWZ auch verschiedene politische Parteien und Richtungen illegale Strukturen aufbauten, konzentrierten sich die polnischen Aktivitäten in Ostpolen im ZWZ. Der Vf. sieht die Gründe dafür hauptsächlich in der Minderheitensituation der Polen in diesen Territorien. Parteikonflikte hätten sich aber auch hier gezeigt, nämlich in Auseinandersetzungen um Führungspositionen im ZWZ. In Lemberg bildeten sich allerdings zwei, in der Literatur meist als ZWZ-1 und ZWZ-2 bezeichnete Organisationen, von denen Erstere mit dem nationaldemokratischen und die Zweite mit dem Sanacja-Milieu verbunden war. Beide wurden ebenfalls in den ersten Monaten des Jahres 1940 durch Verhaftungen dezimiert. Der NKVD verzichtete aber offenbar darauf, sie vollständig zu liquidieren, als die Führungsstrukturen so weitgehend infiltriert waren, dass der ZWZ-1 praktisch vom NKVD gelenkt wurde und auch die Aktivitäten des ZWZ-2 für ihn weitgehend transparent waren. W. nimmt an, dass das Ziel des NKVD darin bestanden habe, über den ZWZ Informationen aus den deutsch besetzten Gebieten zu beziehen und mit ihm ein Instrument aufzubauen, das bei einer Besetzung der übrigen Gebiete Polens in einem für die Zukunft erwarteten Krieg mit Deutschland von Nutzen sein konnte. Der Vf. schätzt, dass in Ostpolen insgesamt 60-70 Prozent der Mitglieder der Untergrundstrukturen verhaftet oder deportiert worden sind.

Die Tätigkeit des ZWZ beschränkte sich im Wesentlichen auf den Ausbau der Organisation und das Sammeln von Informationen über die sowjetische Herrschaft und den Besatzungsapparat. Zu den „Beobachtungsobjekten“ gehörten aber auch die anderen Nationalitäten in den ostpolnischen Territorien. Verschiedentlich wurden auch Kontakte zu litauischen, weißrussischen, jüdischen und ukrainischen Organisationen oder Persönlichkeiten aufgenommen. Daraus entstand allerdings keine dauerhafte Zusammenarbeit, teilweise wegen der Schwäche der Organisationen und des Fehlens gemeinsamer praktischer Ziele, aber zumindest im weißrussischen und ukrainischen Fall auch wegen des Territorialkonflikts um die ostpolnischen Gebiete, in dem die polnische Seite auch nach dem September 1939 keine Zugeständnisse machen wollte. Im Verhältnis zur jüdischen Bevölkerungsgruppe standen teilweise auch antisemitische Einstellungen im Weg. Individuell schlossen sich aber auch manche Angehörige der anderen Nationalitäten den polnischen Untergrundstrukturen an.

Insgesamt hat W. mit diesem Buch eine reich dokumentierte, umfassende Organisationsgeschichte des polnischen Untergrunds in den sowjetisch besetzten Gebieten vorgelegt. Es stützt sich nicht nur auf zahlreiche Memoiren und erhaltene Dokumente des ZWZ und der Exilregierung, sondern zeigt auch, wie die in großer Zahl vorhandenen

NKVD-Dokumente für die Geschichte des polnischen Untergrunds herangezogen werden können. Das Buch wird zweifellos für lange Zeit das zentrale Referenzwerk zu seinem Thema bleiben.

Halle/Saale

Kai Struve

Katyn. A Crime Without Punishment. Hrsg. von Anna M. Ciencala, Natalia S. Lebedeva und Wojciech Materski. (Annals of Communism.) Yale University Press. New Haven/Conn. – London 2007. XXXVIII, 561 S. (\$ 50,–.)

Die langen Schatten des Mordes an 14 500 polnischen Kriegsgefangenen sowie über 7 000 weiteren Internierten im Frühjahr 1940 durch den sowjetischen NKVD verdunkeln bis heute die Beziehungen zwischen Polen und Russland. Obwohl das Massaker an den internierten Polen an verschiedenen Orten in der UdSSR stattfand, steht der Name „Katyn“, eines Städtchens in der Nähe von Smolensk, als Symbol für die stalinistischen Verbrechen gegen die militärische Elite Polens. Doch die Ermordung der Offiziere durch Stalins Schergen blieb kein bilateraler Konflikt zwischen Polen und Russland. Vielmehr kam es seit der Skandalisierung des Massenmords durch den Propagandaapparat des nationalsozialistischen Deutschland im Zweiten Weltkrieg und während des Kalten Krieges zu einer ausgreifenden internationalen Debatte mit wechselseitigen Schuldzuweisungen. Gegenwärtig definiert das Verbrechen von „Katyn“, das jüngst durch Andrzej Wajda auf die Leinwand gebracht wurde, sowohl die nationale Identität der Polen als Opfer totaler Herrschaft als auch ihre unterkühlten Beziehungen zum Nachbarn im Osten. Die vorliegende Quellenedition zum „Katyn“-Komplex dokumentiert Vorgeschichte, Tat und Nachwirkungen des sowjetischen Massakers. Die auf Russisch und Polnisch bereits veröffentlichten Dokumente liegen hier erstmals kommentiert und wissenschaftlich ediert in einer westlichen Sprache vor.

Der Band gliedert sich in drei Teile, denen jeweils von Anna M. Ciencala verfasste Einführungen vorangestellt sind. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der sowjetischen Gefangenschaft polnischer Offiziere zwischen Herbst 1939 und Frühjahr 1940. Im zweiten Teil wird ihre Ermordung auf Beschluss der sowjetischen Führung zwischen März und Juni 1940 dokumentiert. Schließlich erfasst der letzte Teil der Sammlung das internationale Echo auf die Morde von 1943 bis zur Eröffnung eines polnischen Militärfriedhofs in Katyn im Juli 2000. Insgesamt enthält der Band 122 Dokumente sowie Photographien, Statistiken zu den Gefangenenlagern, biographische Angaben zu zentralen Akteuren, ein umfangreiches Glossar, Karten, Luftbilder und ein vorzügliches Register. Die Edition setzt mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 und seinem geheimen Zusatzprotokoll ein, in dem die beiden Mächte ihre Einflussphären in Osteuropa bestimmten und den Weg zur Teilung Polens ebneten. Es folgen Dokumente zum sowjetischen Einmarsch in die *kresy* im September 1939, zum Aufbau des NKVD-Apparats für Kriegsgefangene, zur deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit im besetzten Polen sowie zum Alltag in den Lagern. Der erste Teil schließt mit einem Schlüsseldokument, dem Memorandum Berijas an Stalin, in dem die Erschießung der Gefangenen vorgeschlagen wird und das am 5. März 1940 vom sowjetischen Politbüro bestätigt wurde. Der zweite Teil dokumentiert den Transfer der polnischen Offiziere innerhalb der Sowjetunion im Frühjahr 1940, der ihrer Ermordung voranging. Die Quellen im letzten Abschnitt dokumentieren das Schicksal überlebender polnischer Gefangener, die polnisch-sowjetische Annäherung nach dem deutschen Überfall im Sommer 1941, die Entstehung einer polnischen Armee in der Sowjetunion, die Entdeckung der Massengräber durch deutsche Stellen im April 1943, die folgenden diplomatischen Verwicklungen, die Verhandlung von „Katyn“ bei den Nürnberger Prozessen, eine Untersuchung des Verbrechens durch den amerikanischen Senat 1952 sowie die innersowjetische Diskussion bis zum Eingeständnis der Schuld im April 1990.